iBUS
Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter_innen

TÄTIGKEITSBERICHT 2017

Eckdaten
Schöpfstrasse 19, 6020 Innsbruck

Telefonnummer: +436604757345
Emailadresse: ibus@aep.at
Beratungszeiten: Dienstags von 13:00-18:00
Terminvereinbarungen außerhalb der regulären Beratungszeiten sind auch möglich und können nach Bedarf vereinbart werden. Beratungen sind vertraulich, anonym und kostenfrei.

Zielgruppe
Menschen die aktiv in der Sexarbeit tätig sind oder waren.

Beratungsangebot

- aufsuchende Informations-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit (Streetwork) zu sozial-, rechtlichen- und gesundheitlichen Fragen an den Arbeitsorten von Sexarbeiter_innen
- Informations-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit zu sozial-, rechtlichen- und gesundheitlichen Fragen bei uns im Büro (Schöpfstrasse 19)
- Informations-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit zu sozial-, rechtlichen- und gesundheitlichen Fragen bei den Gesundheitsuntersuchungen in den Bezirken

Sexarbeit
Wir sprechen von Sexarbeit, um einen akzeptierenden und unterstützenden Zugang gegenüber Sexarbeiter_innen begrifflich zu transportieren und um den Fokus auf die Forderung nach umfassenden Arbeits- und Sozialrechten für sexuelle Dienstleister_innen (Frauen, Transgender-Personen sowie Männer die in den sexuellen Dienstleistungen tätig sind) zu richten.

iBUS
Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter_innen

iBUS ist ein seit 2013 bestehendes Projekt zur Beratung, Unterstützung und Begleitung von Sexarbeiter_innen der AEP-Familienberatungsstelle in Innsbruck. iBUS bietet Personen, die in den sexuellen Dienstleistungen arbeiten oder gearbeitet haben, vertrauliche und anonyme Beratungen bei sozialen, rechtlichen sowie gesundheitlichen Belangen an und orientiert sich dabei an deren individuellen Bedürfnissen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Förderung, Unterstützung und Ermöglichung der Autonomie, der Selbsthilfe und des Empowerment der Sexarbeiter_innen anhand von einem niederschwelligen akzeptierenden Zugang zur Zielgruppe, durch aufsuchende Sozialarbeit sowie ein differenziertes Beratungs- und Unterstützungsangebot. Als Beratungseinrichtung und Interessensvertretung setzt sich iBUS für eine Entkriminalisierung und Anerkennung von Sexarbeit als Erwerbsarbeit ein. iBUS kämpft gegen die Stigmatisierung und Diskriminierung von Sexarbeiter_innen und engagiert sich für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Angebot für Sexarbeiter_innen

- **Streetwork/Aufsuchende Arbeit**

Aufsuchende Beratung und Gesundheitspräventionsarbeit im Bereich der Straßenprostitution sowie in Gesundheitsämtern. Abgabe von „give aways“ (Kondomen, Infomaterialien, etc.).

- **Beratung**

Ausgehend vom Grundsatz 'Hilfe zur Selbsthilfe' werden Beratungen und psychosoziale Unterstützung zu folgenden frauen- und migrant_innenspezifischen Themenschwerpunkten angeboten:

- Gesundheitsförderung und Prävention: Infektionsschutz, Safer-Sex-Praktiken und Empfängnisverhütung, Vorbeugung gesundheitlicher Risiken (Strategien zur Durchsetzung von Safer Sex Praktiken bei Kunden)
- Unterstützung bei Beziehungs- und Gewaltkonflikten

- Existenzsicherung
- Rechtliche und soziale Beratung (Aufenthalt, Arbeit, Migration, Diskriminierung, Sexualität)
- Arbeits- und sozialrechtlicher Schutz sowie tatsächliche Arbeits- und Rahmenbedingungen in der Sexarbeit (legale Arbeitsplätze, persönliche Meldepflichten, Steuerpflichten, Sozialversicherungspflichten, Landesgesetzliche Besonderheiten)
- Information und Unterstützung bei Ausstieg und beruflicher Umorientierung sowie
  mehrsprachige arbeitsmarktbezogene Beratung im transkulturellen Kontext

Die Beratungen sind vertraulich, anonym und kostenfrei und können nach Bedarf vereinbart werden.

Ausgangssituation

In Österreich gibt es unterschiedliche gesetzliche Rahmenbedingungen in den einzelnen Bundesländern. Für Tirol gilt, dass Sexarbeit außerhalb behördlich genehmigter Bordelle illegal und strafbar ist. Sexarbeiter_innen, welche auf der Straße oder in eigenen Räumlichkeiten tätig sind, arbeiten illegal, erhalten aber Zugang zu kontinuierlichen Untersuchungen im Rahmen des Gesundheitsamtes. Umfeld und Rahmenbedingungen, in denen Sexarbeit angeboten wird, sind äußerst komplex und es ist sehr schwierig die Zielgruppe, trotz erheblichem Bedarf, mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu erreichen. Ein Unterstützungs- und Beratungsangebot setzt unseres Erachtens einen akzeptierenden und nicht wertenden Ansatz voraus. Es gilt, bestehende Klischees und Vorurteile zu überwinden. Der konkrete Bedarf nach Unterstützung und Beratung kann letztendlich nur aus dem Blickwinkel betroffener Sexarbeiter_innen selbst formuliert werden. Dies setzt ein Hin- und Zuhören, eine wertschätzende Begegnung und die Anerkennung der Eigenständigkeit und Selbstbestimmung betroffener Personen voraus. Wichtig für die Vertrauensbildung sind auch „give aways“, kleine Geschenke (und Kondome), die wir im Rahmen der Streetwork an SDL verteilen. Sexarbeiter_innen sind in Österreich – und auch in vielen anderen europäischen Ländern – von struktureller Gewalt betroffen. Gerade auch aktuelle Diskussionen um ein mögliches Verbot von Sexarbeit und einem Sexkaufverbot machen sichtbar, wie prekär die Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter_innen werden. Sie haben viele Pflichten zu erfüllen, jedoch wenig Zugang zu ihren Rechten. Restriktive Migrationsgesetze und -politik, fehlende Arbeitsrechte, Registrierungspflicht, verpflichtende Kontrolluntersuchungen sind dabei einige wesentliche Elemente. Die Gründe für Gewalt gegen Sexarbeiter_innen sind vielschichtig: Sexarbeiter_innen stehen in der gesellschaftlichen Hierarchie weit unten und werden nach wie vor als "unmoralische" Personen gesehen, die "Bestrafung" verdienen würden. Neben dem sozialen Stigma fördert aber auch die Illegalisierung und

Kriminalisierung von Prostitution ein Klima, in dem Gewalt gegen Sexarbeiter_innen toleriert wird. Restriktive Migrationspolitik sowie diskriminierende gesetzliche Regelungen zur Ausübung der Sexarbeit entziehen Sexarbeiter_innen auf struktureller Ebene Menschen- und Grundrechte.

Aufsuchende Soziale Arbeit & Beratung

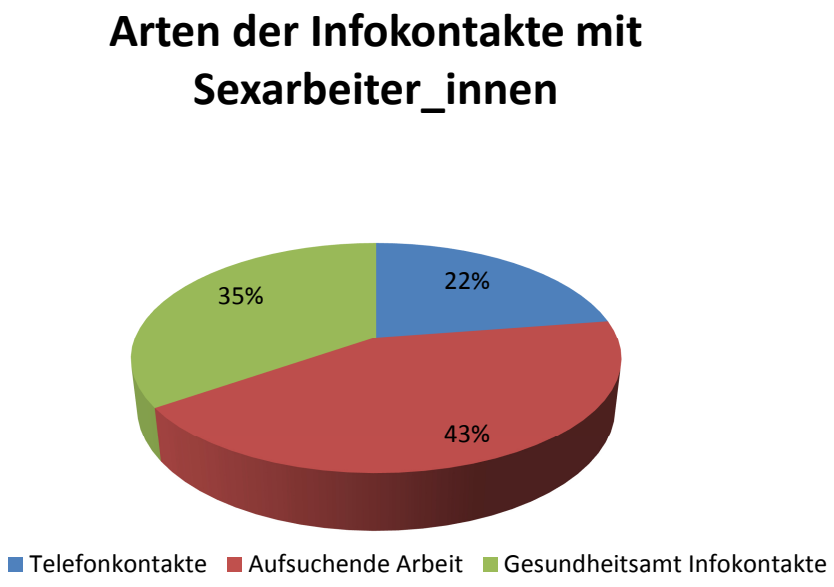
Sexarbeiter_innen kommen nicht von sich aus in eine Beratungsstelle. Es braucht eine aufsuchende, Vertrauens-herstellende Kontaktaufnahme an jenen Orten, an welchen die Sexarbeiter_innen tätig sind. Erreichbar sind Sexarbeiter_innen in den behördlich bewilligten Bordellen, auf der Straße, am Gesundheitsamt sowie über Kontaktanzeigen im Internet bzw. Printmedien. Der Zugang zu Sexarbeiter_innen erfolgt über einen sehr niederschwelligen und sozialarbeiterischen Ansatz - im illegalisierten sowie auch im legalen Bereich. Bei der aufsuchenden Arbeit werden geschulte Sozialarbeiterinnen eingesetzt, Informationen - an die Problematik der verschiedenen Settings des Sexgewerbes angepasst und in verschiedene Sprachen übersetzt - sowie qualitativ hochwertige Kondome und andere relevante Artikel (Intimpflege, Dental Dams, Soft Tampons) zu verteilen. Dadurch entsteht die Möglichkeit ein Vertrauensverhältnis zu schaffen, um die Thematik der sexuellen Gesundheit und des „Safer Sex“ anzusprechen sowie Zugang zu den Frauen mit einem spezifischen Beratungs- und Unterstützungsbedarf (zu den Themen Gewalt, sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Fragen, berufliche Umorientierung, existentielle Absicherung) zu bekommen. Betroffene Frauen müssen in ihren Anliegen und Bedürfnissen wahrgenommen werden. Sie brauchen Unterstützung in gesundheitlichen, sozialrechtlichen, finanziellen Fragen, bei frauenspezifischen Themen, zum eigenen Schutz, zu Fragen des Fremden- und Aufenthaltsrechtes und in Gewaltschutzfragen.

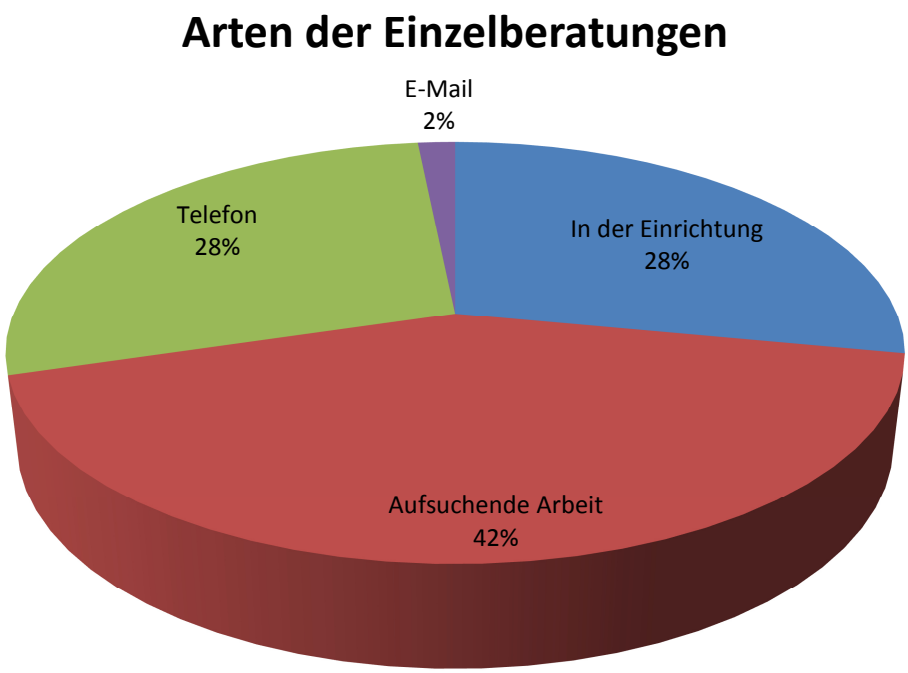
Zielerreichung

Zentrale Aufgabe im Jahr 2017 war das Herstellen von Kontakten und die Beratung von Sexarbeiter_innen, sowie öffentliche Sensibilisierungsarbeit.
Neben dem sichtbaren Bereich wurde das Arbeitsfeld auch in den ‚unsichtbaren’ Bereich erweitert. Dies wurde einerseits durch Kontaktaufnahme per Telefon und per Email erreicht und andererseits auch direkt auf der Straße.
Der Zugang zu Sexarbeiter_innen in behördlich bewilligten Bordellen setzt die Kooperations-Bereitschaft von Bordellbetreiber_innen voraus – das bedeutet dass vertrauensbildende Maßnahmen auf beiden Ebenen erforderlich sind. Die Praxis zeigt, dass es Kontinuität und weitere Arbeit benötigt, um diesen Zugang zu erreichen.

Angebote von außen werden anfangs mit großer Skepsis und Misstrauen wahrgenommen – sowohl von den Betreiber_innen als auch von den Sexarbeiter_innen selbst. Sexarbeiter_innen erleben Angebote manchmal auch bedrohlich, zumal ihre Tätigkeit weder gesellschaftliche Anerkennung findet noch durchgängig legal ist.

Es konnten im Jahr 2017 trotz der knappen Personalressourcen 231 Infokontakte mit Sexarbeiter_innen erreicht werden, welche über das Beratungsangebot von iBUS informiert wurden, zustande. Es fanden intensive Beratungsprozesse mit **125 Einzelberatungen** von **45 Sexarbeiter_innen** im Ausmaß von **204,5 Stunden** statt.





Direkte Kontaktaufnahme mit Sexarbeiter_innen über:

- Arbeitsplatz Straße
- Gesundheitsuntersuchungen in den Bezirken
- SMS

iBUS wird aktiv kontaktiert von Sexarbeiter_innen über:

- Infomaterialien von iBUS
- Sexarbeiter_innen die über andere sexuelle Dienstleister_innen von iBUS gehört haben
- Sexworker Forum / www.sexworker.at
- Kund_innen von Sexarbeiter_innen
- Beratungseinrichtungen / Netzwerk-und Kooperationspartner_innen

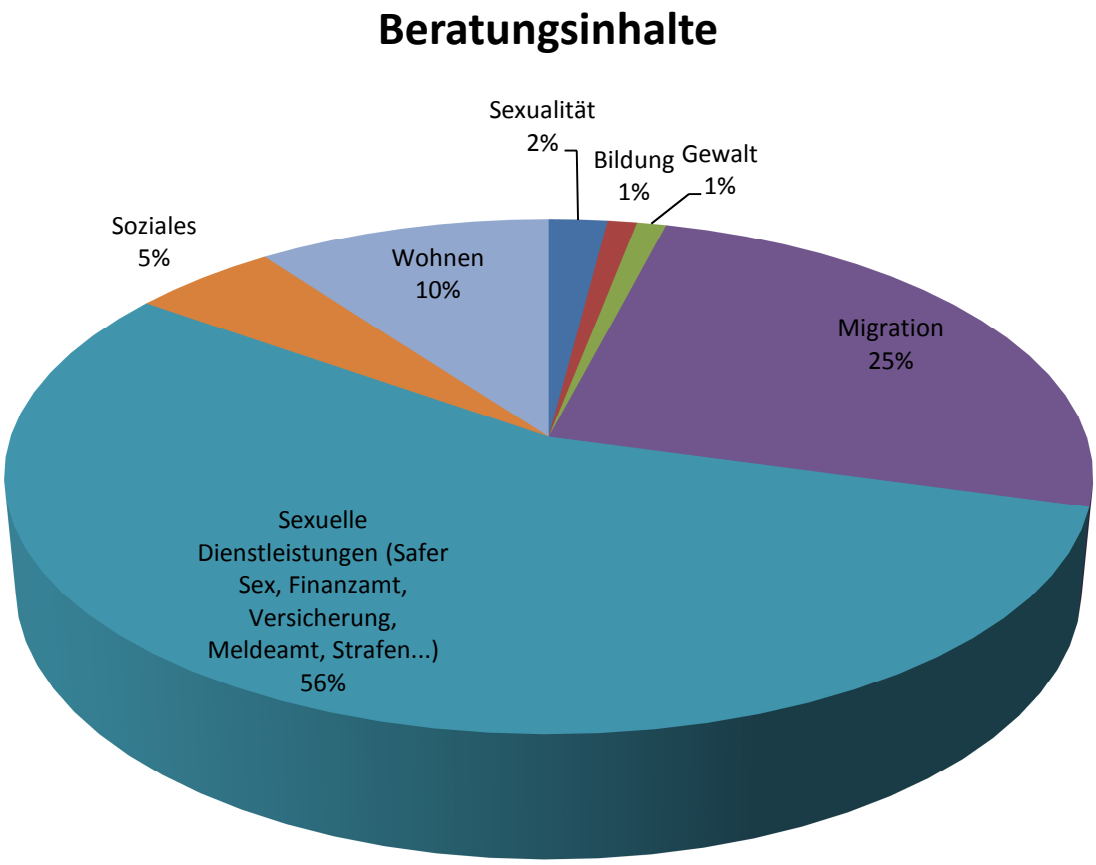
Nationalität der Frauen (gelistet nach Häufigkeit)

- Rumänien
- Bulgarien
- Ungarn
- Österreich
- Russland
- Dominikanische Republik

Hier wird erkennbar dass die Sexindustrie immer noch ein sehr ethnisierter Arbeitsmarkt, aufgrund von global ungleich verteilter Ressourcen, ist. Deshalb ist eine mehrsprachige Beratung (die Zusammenarbeit mit Dolmetscher_innen) unbedingt notwendig.

Beratungsinhalte der Beratungsprozesse

125 Einzelberatungen mit 45 Klient_innen
Die von iBUS durchgeführten Beratungen (persönlich und/oder telefonisch) hatten folgende Themenschwerpunkte:



Aufsuchende Arbeit am Innsbrucker Straßenstrich

Im Zuge unserer aufsuchenden Arbeit haben wir - wie bereits im vergangenen Jahr - 2017 eine verstärkte Polizeipräsenz (in Form von Kontrolle und Strafen) wahrgenommen,

welche die Arbeitsbedingungen für Sexarbeiter_innen erheblich verschlechtern und/oder das Arbeiten sogar unmöglich machen. Verstärkte Einschränkungen – wie die 2017 eingeführte Novellierung des Landespolizeigesetzes - führen dazu, dass der Beruf der Sexarbeiter_in immer prekärer wird und ins Unsichtbare/Verborgene gedrängt wird.
Die Novellierung des Landespolizeigesetz in Tirol zeigt eine regulative Haltung des Landesgesetzgebers gegenüber Sexarbeit und lässt eine, anderen europäischen und internationalen Entwicklungen (z.B. in Deutschland oder Neuseeland) entsprechende, Entkriminalisierung sowie Liberalisierung nach wie vor vermissen.
Anstatt Sexarbeit als gesellschaftliche Realität anzuerkennen und die Situation ihrer Ausübenden in den Mittelpunkt legistischer Änderungen zu stellen, bedingt die Novellierung eine weitere Verschärfung des bestehenden Kontrollsystems – vor allem das Verbot, sexuelle Dienstleistungen außerhalb der genehmigten Betriebe anzubieten, die Möglichkeit der Bestrafung von Kund_innen sowie die höher werdenden Geldstrafen weisen in Richtung mehr Kontrolle, Beschränkungen und Regulierung.
Die Novellierung scheint vorwiegend an sicherheits-und ordnungspolitischen Zielsetzungen sowie Anrainer_inneninteressen orientiert zu sein, und nicht an dem Ziel, die Rechte von Sexarbeiter_innen zu stärken und zu schützen. Generell wird nach wie vor ein stark negatives Bild der Erwerbstätigkeit in der Prostitution vermittelt, welches aus stereotypisierenden und moralisierenden Inhalten ersichtlich wird. Einerseits werden SDL weiterhin als Kriminelle dargestellt, vor denen die Anrainer_innen geschützt werden müssen - andererseits wird die Gruppe der Sexarbeiter_innen als Opfer konstruriert, die schwach sind und gerettet werden müssen, wobei ein sehr stereotypisiertes Bild der Zielgruppe propagiert und hergestellt wird. Das neue Landespolizeigesetz bringt keine Entkoppelung von Sexarbeit und Kriminalität, da Sexarbeit auch weiterhin im Landespolizeigesetz verankert bleibt. Dadurch wird ein Naheverhältnis der Sexarbeit zur Sphäre der Kriminalität festgeschrieben, welches die Zielgruppe weiterhin stigmatisiert.
Verbote schützen Sexarbeiter_innen nicht und sind auch kein Beitrag zur Gleichberechtigung. Sie verhindern eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema und schaffen unsichere Arbeitsbedingungen. Sicherheit in der Arbeit ist aber ein zentrales Thema, um Gewalt und Ausbeutung zu verhindern: selbstbestimmte Arbeitsmöglichkeiten und arbeitsrechtliche Absicherung, sichere Arbeitsplätze mit ausreichender sanitärer Infrastruktur, Freiheit bei der Kund_innenwahl und in der angebotenen Dienstleistung, kein Zwang zum Alkohol- oder Drogenkonsum, Zugang zu Safer Sex und Unterstützungsmöglichkeiten durch Vertrauenspersonen – das sind die Rahmenbedingungen, für die sich iBUS in Innsbruck einsetzt. Zudem wird Migration (85 % der Sexdienstleister_innen in Österreich haben einen Migrationshintergrund) und die Mobilität der Zielgruppe (Sexarbeiter_innen sind sehr mobil und viele wechseln fast wöchentlich ihren Arbeits- und Wohnort) nicht mitgedacht. Diesen Faktoren kommt die Gesetzesnovellierung keineswegs nach, bzw. werden diese Gegebenheiten nicht mitgedacht und berücksichtigt, obwohl Sexarbeit nicht länger entkoppelt von Migration betrachtet und behandelt werden kann. In diesem Sinne verkennt die Gesetzesnovelle die Lebens-und Arbeitsrealitäten der Adressat_innen.

Durch die Gesetzesnovellierung wird die Ausübung von Sexarbeit noch weiter erschwert, womit die Gefahr von Übergriffen, Gewalt und Isolation verstärkt wird.
In der Sexarbeit tätige Personen werden nach wie vor nicht als Dienstnehmer_innen gesehen, für die bezüglich des Arbeitsplatzes Dienstnehmer_innenschutzbestimmungen zu gelten haben. iBUS stellt wiederholt fest, dass Sexarbeiter_innen in politische Entscheidungsprozesse gar nicht oder nicht genügend miteinbezogen werden und somit der Gesetzgebungsprozess den Ansprüchen einer partizipativen Demokratie keinesfalls entspricht.

In diesem Zusammenhang betont iBUS und der AEP abermals ihre Forderungen:

- Keine weitere Illegalisierung und Kriminalisierung von Sexarbeiter_innen;
- rechtliche Gleichbehandlung und Gleichstellung von Sexarbeiter_innen mit anderen Erwerbstätigen durch die Legalisierung der Sexarbeit als Erwerbstätigkeit und entsprechende aufenthaltsrechtliche Änderungen;
- Schutz vor Prekarisierung, Diskriminierung, Sexismus und Rassismus;
- Sexarbeiter_innen sollen in politische Entscheidungsprozesse miteingebunden werden;
- es sollen alle notwendigen Maßnahmen von Politiker_innen gesetzt werden, die ein selbstbestimmtes und sicheres Arbeiten im Bereich der Sexarbeit ermöglichen;
- Sexarbeiter_innen wollen mit gleichem Respekt und Anerkennung behandelt werden wie andere Arbeitnehmer_innen auch.

Eine weitere Auffälligkeit im Jahr 2017 waren die erneuten Aufenthaltsverbote die gegen Sexarbeiter_innen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft verhängt wurden.
Die rechtliche Situation ist so strukturiert, dass Sexarbeit außerhalb offiziell genehmigter Betriebe unter Strafe steht und eine Verwaltungsübertretung darstellt. In Tirol werden derzeit zehn Bordelle betrieben – vier davon befinden sich in der Landeshauptstadt Innsbruck. In Innsbruck gibt es Sexarbeiter_innen, die durch die begrenzte Verfügbarkeit an legalisierten Arbeitsplätzen sowie anderer individueller Gründe im illegalisierten Bereich, also auf der Straße und in Wohnungen tätig sind. Aufgrund unserer Beratungstätigkeit und unserer Erfahrung mit Klient_innen wissen wir, dass viele Sexarbeiter_innen vom legalen Bereich in den illegalisierten Bereich –also auf den Straßenstrich oder in den unsichtbaren Bereich der Wohnungsprostitution – wechseln.
Die begrenzte Anzahl an legalisierten Arbeitsplätzen, die eingeschränkte Wahlmöglichkeit sowie die vorgefundenen schlechten Arbeitsbedingungen in den lokalen Betrieben veranlassen Sexarbeiter_innen ihre Dienstleistungen auf der Straße, im illegalisierten Bereich, anzubieten – trotz der massiven Verdrängungspolitik, die sich in Form von wiederholten Kontrollen, Anzeigen und Verwaltungstrafen äußert und dramatische Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiter_innen hat.
Bei nächtlichen „Schwerpunktaktionen“ und der „Aktion Scharf“ die im Frühling 2017 von der Polizei durchgeführt wurde, wird nach Aufenthaltsstatus, Meldestatus, Registrierungsstatus, Gesundheitsuntersuchungsstatuts kontrolliert und vor allem

Migrant_innen sind unter Anwendung von racial profiling mit der strukturellen Gewalt seitens des Staates konfrontiert. Die Kontrollen gehen Hand in Hand mit einer immer restriktiver werdenden Asylpolitik, der Verdrängungspolitik und die neueste Strategie der Behörden sich dem „Problem“ der Sexarbeit zu entledigen sind Abschiebungen von „nichtösterreichischen“ Sexarbeiter_innen durch das BMFA. Bei einer Kontrolle durch die Polizei können Sexarbeiter_innen Strafen aufgrund des Landessicherheitsgesetzes des Geschlechtskrankheitengesetzes oder nach dem Aidsgesetz bekommen. Nach vier verhängten Strafen wird unter Bezugnahme auf das Fremdenpolizeigesetz davon ausgegangen, dass die Sexarbeiter_in eine „Gefährdung“ für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt und somit abgeschoben werden kann. Daran gekoppelt ist ein 3-jähriges Aufenthaltsverbot. Diese bereits aus Salzburg bekannte Vorgehensweise findet auch seit 2 Jahren in Innsbruck Anwendung und ein Großteil unserer Klient_innen (EU-Bürger_innen aus Rumänien, Ungarn und Bulgarien) wurde unter dem Vorwand „Gefährdung der Volksgesundheit“ (obwohl keine nachweisbaren Krankheiten vorlagen) abgeschoben und mit einem Aufenthaltsverbot für ganz Österreich von bis zu 5 Jahren bestraft. Auch diese Vorkommnisse hat iBUS mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen, da nur nichtösterreichische Staatsbürger_innen solchen restriktiven Maßnahmen ausgesetzt sein können, was in diesem Sinne sehr diskriminierende, sowie rassistische Vorgehensweisen sind.
Auch für die Arbeit von iBUS haben diese restriktiven Maßnahmen Konsequenzen. iBUS wird der Zugang zur Zielgruppe (wie auch aus unseren Statistiken 2017 hervorgeht) sichtlich erschwert, da die restriktiven Maßnahmen zur Folge haben, dass Sexarbeit immer mehr in den unsichtbaren Bereich gedrängt wird, was auch aus mehreren in Tirol veröffentlichen Artikeln im Jahr 2017 hervorgeht. Sexarbeit ist auch nach der Gesetzesnovellierung keineswegs verschwunden, nur wird es für die Akteur_innen immer noch prekärer und gefährlicher. Auch für iBUS als Beratungseinrichtung wird die Kontaktaufnahme sehr viel schwieriger, was zur Folge hat, dass die Akteur_innen Missstände oder Unterstützungsbedarf nicht mehr bei iBUS deponieren können, da sie immer misstrauischer werden und/oder über das Unterstützungs- und Beratungsangebot von iBUS nicht Bescheid wissen, da das Angebot Sexarbeiter_innen nur noch erschwert erreicht.

Begleitungen:

iBUS führte Begleitungen zu folgenden Stellen durch:
Begleitungen zum Medcar(e) Projekt des CARITAS Bahnhofsozialdienstes: Richtet sich an Menschen, die keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben, bzw. nicht krankenversichert sind.
Begleitungen zum Gesundheitsamt, zur Polizei, zu Frauenärzt_innen, zum Meldeamt, zum Polizeianhaltezentrum, zum Stadtmagistrat und zur Bezirkshauptmannschaft.

Um den Zugang zur Zielgruppe zu erleichtern wurden folgende Aktivitäten zusätzlich umgesetzt:

- Vernetzung und bundeslandübergreifender Austausch mit anderen Beratungseinrichtungen für Sexarbeiter_innen, da bei der Zielgruppe eine hohe Mobilität vorhanden ist
- Sensibilisierung der Vertreter_innen der Gesundheitsberufe und Einrichtungen von niederschwelligen Angeboten bzgl. des Beratungs- und Unterstützungsangebot von iBUS.

Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Zielgruppe handelt es sich um eine gesellschaftlich stark diskriminierte Gruppe von Personen. Neben der direkten Unterstützung von Sexarbeiter_innen ist Lobbying und der Abbau von Diskriminierung und Stigmatisierung erklärtes Projektziel. Einrichtungen, Bezirkshauptmannschaften und Polizei, sowie Politiker_innen und interessierte Multiplikator_innen, Studierende, Universitäten, etc. sind dabei wichtige Partner_innen. Im Kalenderjahr 2017 wurden Mitglieder_innen unterschiedlicher Anspruchsgruppen sensibilisiert und motiviert, sich aktiv für die Verbesserung der Lebens-und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter_innen einzusetzen. Die Mitarbeiterinnen von iBUS stellen in diesem doch sehr spezifischen Arbeitsfeld die fachliche Expertise dar, da sie durch ihre Arbeit im Streetwork die tatsächlich vorherrschenden Probleme der Zielgruppe –wie nur wenige andere -kennen und sie mit jenen Herausforderungen, die auf einer theoretischen Metaebene zu bearbeiten sind, verknüpfen können.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit lag unser Fokus auf einer Entstigmatisierung und Entdiskriminierung von Sexarbeiter_innen. Wir treten für mehr Rechte und damit für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiter_innen ein.

Sensibilisierungskampagne

Projekt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter_innen und zur Sensibilisierung für strukturelle Gewalt gegen Sexarbeiter_innen

Projektziele:

- Förderung menschenwürdiger und angemessener Arbeitsbedingungen im Bereich der sexuellen Dienstleistungen in der Stadt Innsbruck
- Sensibilisierung von Betreiber_innen und Kund_innen
- Öffentlichkeitsarbeit: Stigmaabbau und Sensibilisierung

Sexarbeiter_innen sind in Österreich – und auch in vielen anderen europäischen Ländern – von struktureller Gewalt betroffen. Gerade auch aktuelle andauernde Diskussionen um ein mögliches Verbot von Sexarbeit machen sichtbar, wie prekär die Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter_innen sind. Sexarbeiter_innen werden viele Pflichten auferlegt, sie haben jedoch wenig Zugang zu ihren Rechten. Restriktive Migrationsgesetze und -politik, fehlende Arbeitsrechte, Registrierungspflicht, verpflichtende Kontrolluntersuchungen sind dabei einige wesentliche Elemente.

Sexarbeit wird, wie beispielsweise in Wien oder Salzburg, an abgelegene Orte verlegt, teils verborgen für den Rest der Gesellschaft. Gewalt, Ausbeutung und Abhängigkeiten als potentielle Risiken werden dadurch erhöht. Gleichzeitig machen strukturelle Missstände Sexarbeiter_innen vulnerabler für individuelle, persönliche Gewalt von Freiern, Zuhältern und anderen.

Die Gründe für Gewalt gegen Sexarbeiter_innen sind vielschichtig: Sexarbeiter_innen stehen in der gesellschaftlichen Hierarchie weit unten und werden nach wie vor als "unmoralische" Personen gesehen, die "Bestrafung" verdienen würden. Neben dem sozialen Stigma fördert aber auch die Illegalisierung und Kriminalisierung von Prostitution ein Klima, in dem Gewalt gegen Sexarbeiter_innen toleriert wird.

Gewalt gegen Sexarbeiter_innen ist immer und in jeder Form inakzeptabel! Besonders Sexarbeiter_innen die im illegalisierten Bereich der Straßenprostitution arbeiten sind durch ihren Arbeitsort besonders exponiert und von physischer Gewalt sowie von Bedrohung und Raub (ihrer Tageseinnahmen) betroffen. Sie sind der Gewalt der Kunden ausgesetzt, die nicht genug Geld dabei haben und aggressiv werden, wenn sie die sexuelle Dienstleistung nicht kaufen können. Sie werden Opfer von Freiern, die nach vollzogenem Geschlechtsakt das Geld zurückrauben wollen. Durch die Illegalität der Tätigkeit kommt es kaum zu Anzeigen und die Frauen wenden sich nicht an die Polizei aus Angst, sich selbst in Schwierigkeiten zu bringen. Es geht dabei aber nicht nur um Gewalt

im Arbeitskontext. Die Stigmatisierung und Abwertung von Sexarbeiter_innen spielt bei Gewalt eine wesentliche Rolle und ist ein gesellschaftliches Problem.

Oft werden Übergriffe und Missstände von Sexarbeiter_innen nicht gemeldet: Misstrauen gegenüber der Exekutive, weil diese nicht eingreift oder dem Anliegen Glauben schenkt; Angst, selbst verhaftet zu werden und die Identität preiszugeben; Resignation, weil Gewalt als "Teil des Jobs" wahrgenommen wird. Insbesondere undokumentierte migrantische Sexarbeiter_innen fürchten negative Konsequenzen auf ihren Aufenthaltsstatus, sobald sie zur Polizei gehen. Legale Arbeitsbedingungen sind ein Kernfaktor, um Personen ein selbstbestimmtes Arbeiten in den sexuellen Dienstleistungen zu ermöglichen und gewalttätiges Verhalten von Freiern sowie Betreiber_innen zur Anzeige zu bringen, einzuschränken und zu eliminieren.

Ein angestrebtes Ziel von iBUS (Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter_innen) ist die Bewusstseinsbildung für die von Doppelmoral geprägte Lebensrealität und Situation von Sexarbeiter_innen und die Stärkung von Sexarbeiter_innen in ihren Menschenrechten. Gewalt gegen Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter soll gesellschaftlich genauso geächtet werden, wie Gewalt gegen andere Menschen auch.

Vortrag mit Emy Fem im Cafe Decentral

Dienstag 24 Jänner 2017
Cafe Decentral, Hallerstrasse 1

Vortrag mit Emy Fem zum Thema „Sexarbeit, Repression und Widerstand.“ Anschließende Diskussionsrunde mit der Vortragenden und den iBUS Mitarbeiterinnen.
Sexarbeit ist ein Thema, dass sehr polarisiert und starke Emotionen auslöst, da Sexarbeit noch immer stigmatisiert und gesellschaftlich geächtet wird. Die Diskussion geht quer durch bekannte politische Strömungen. Es wird kaum sachlich argumentiert und oft kommen die Menschen, die diesem Beruf nachgehen, gar nicht erst zu Wort. Warum ist das so? Und warum wird Sexarbeit nicht entkriminalisiert und als Beruf anerkannt?

Jenseits dieser theoretischen Debatten versuchen sich Sexarbeiter*innen selbst zu organisieren und sich zu widersetzen. Die Lage von Sexarbeiter*innen ist von Land zu Land unterschiedlich. In wenigen Ländern ist Sexarbeit entkriminalisiert. Doch in einigen Ländern auf der Welt gibt es Selbstorganisationen und Gewerkschaften, die sich dafür einsetzen, Sexarbeit als Arbeit wie jede andere Form der Arbeit auch, anerkennen zu lassen. Aktivist*innen – wie Emy Fem – weisen explizit darauf hin, dass die Frage nach der Freiwilligkeit von Arbeit im Kapitalismus generell sehr begrenzt ist.

Sie wird das Thema Sexarbeit international beleuchten, um zu zeigen, wie sich eine Legalisierung und Entkriminalisierung auf den Arbeitsalltag von Sexarbeiter*innen auswirkt. Sie wird vom Hurenstigma erzählen, wie es am besten überwunden werden kann und wie sich Widerstand von Seiten der Sexarbeiter*innen gestaltet.

Emy ist eine Aktivist_in, Femmeinist_in, Performer_in und Sexarbeiter_in und sie leitet außerdem Workshops zu unterschiedlichen Themen, wie z.B. BDSM, Transsexarbeit, zu queeren Körpern und auch zu Stigma und Privilegien in der Sexarbeit.

Vortrag mit Stephanie Klee in Kooperation mit iBUS (Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter_innen)

Dienstag 30 Mai 2017
Die Bäckerei, Dreiheiligenstrasse 21a

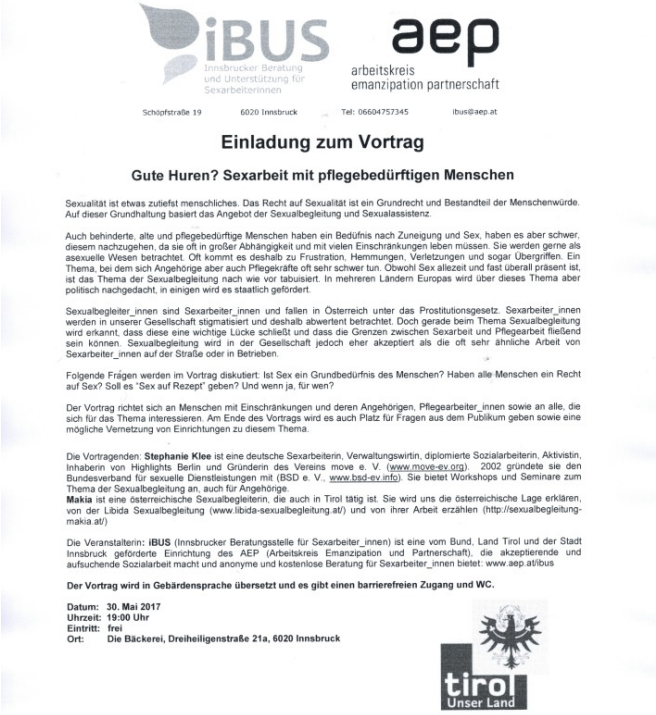
Vortrag mit Stephanie Klee zum Thema „ Gute Huren? Sexarbeit mit pflegebedürftigen Menschen“. Anschließende Diskussionsrunde.

Sexualität ist etwas zutiefst menschliches. Das Recht auf Sexualität ist ein Grundrecht und Bestandteil der Menschenwürde. Auf dieser Grundhaltung basiert das Angebot der Sexualbegleitung und Sexualassistenz.

Auch behinderte, alte und pflegebedürftige Menschen haben ein Bedüfnis nach Zuneigung und Sex, haben es aber schwer, diesem nachzugehen, da sie oft in großer Abhängigkeit und mit vielen Einschränkungen leben müssen. Sie werden gerne als asexuelle Wesen betrachtet. Oft kommt es deshalb zu Frustration, Hemmungen, Verletzungen und sogar Übergriffen. Ein Thema, bei dem sich Angehörige aber auch Pflegekräfte oft sehr schwer tun. Obwohl Sex allezeit und fast überall präsent ist, ist das Thema der Sexualbegleitung nach wie vor tabuisiert. In mehreren Ländern Europas wird über dieses Thema aber politisch nachgedacht, in einigen wird es staatlich gefördert.

Die Vortragenden: Stephanie Klee ist eine deutsche Sexarbeiterin, Verwaltungswirtin, diplomierte Sozialarbeiterin, Aktivistin, Inhaberin von Highlights Berlin und Gründerin des Vereins move e. V. (www.move-ev.org). 2002 gründete sie den Bundesverband für sexuelle Dienstleistungen mit (BSD e. V., www.bsd-ev.info). Sie bietet Workshops und Seminare zum Thema der Sexualbegleitung an, auch für Angehörige.

Makia ist eine österreichische Sexualbegleiterin, die auch in Tirol tätig ist. Sie wird uns die österreichische Lage erklären, von der Libida Sexualbegleitung (www.libida-sexualbegleitung.at/) und von ihrer Arbeit erzählen (http://sexualbegleitung-makia.at/)



iBUS Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiterinnen

aep arbeitskreis emanzipation partnerschaft

Schöpfstraße 19 6020 Innsbruck Tel: 06604757345 ibus@aep.at

Einladung zum Vortrag

Gute Huren? Sexarbeit mit pflegebedürftigen Menschen

Sexualität ist etwas zutiefst menschliches. Das Recht auf Sexualität ist ein Grundrecht und Bestandteil der Menschenwürde. Auf dieser Grundhaltung basiert das Angebot der Sexualbegleitung und Sexualassistenz.

Auch behinderte, alte und pflegebedürftige Menschen haben ein Bedürfnis nach Zuneigung und Sex, haben es aber schwer, diesem nachzugehen, da sie oft in großer Abhängigkeit und mit vielen Einschränkungen leben müssen. Sie werden gerne als asexuelle Wesen betrachtet. Oft kommt es deshalb zu Frustration, Hemmungen, Verletzungen und sogar Übergriffen. Ein Thema, bei dem sich Angehörige aber auch Pflegekräfte oft sehr schwer tun. Obwohl Sex allezeit und fast überall präsent ist, ist das Thema der Sexualbegleitung nach wie vor tabuisiert. In mehreren Ländern Europas wird über dieses Thema aber politisch nachgedacht, in einigen wird es staatlich gefördert.

Sexualbegleiter_innen sind Sexarbeiter_innen und fallen in Österreich unter das Prostitutionsgesetz. Sexarbeiter_innen werden in unserer Gesellschaft stigmatisiert und deshalb abwertent betrachtet. Doch gerade beim Thema Sexualbegleitung wird erkannt, dass diese eine wichtige Lücke schließt und dass die Grenzen zwischen Sexarbeit und Pflegearbeit fließend sein können. Sexualbegleitung wird in der Gesellschaft jedoch eher akzeptiert als die oft sehr ähnliche Arbeit von Sexarbeiter_innen auf der Straße oder in Betrieben.

Folgende Fragen werden im Vortrag diskutiert: Ist Sex ein Grundbedürfnis des Menschen? Haben alle Menschen ein Recht auf Sex? Soll es "Sex auf Rezept" geben? Und wenn ja, für wen?

Der Vortrag richtet sich an Menschen mit Einschränkungen und deren Angehörigen, Pflegearbeiter_innen sowie an alle, die sich für das Thema interessieren. Am Ende des Vortrags wird es auch Platz für Fragen aus dem Publikum geben sowie eine mögliche Vernetzung von Einrichtungen zu diesem Thema.

Die Vortragenden: **Stephanie Klee** ist eine deutsche Sexarbeiterin, Verwaltungswirtin, diplomierte Sozialarbeiterin, Aktivistin, Inhaberin von Highlights Berlin und Gründerin des Vereins move e. V. (www.move-ev.org). 2002 gründete sie den Bundesverband für sexuelle Dienstleistungen mit (BSD e. V., www.bsd-ev.info). Sie bietet Workshops und Seminare zum Thema der Sexualbegleitung an, auch für Angehörige.
Makia ist eine österreichische Sexualbegleiterin, die auch in Tirol tätig ist. Sie wird uns die österreichische Lage erklären, von der Libida Sexualbegleitung (www.libida-sexualbegleitung.at/) und von ihrer Arbeit erzählen (http://sexualbegleitung-makia.at/)

Die Veranstalterin: **iBUS** (Innsbrucker Beratungsstelle für Sexarbeiter_innen) ist eine vom Bund, Land Tirol und der Stadt Innsbruck geförderte Einrichtung des AEP (Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft), die akzeptierende und aufsuchende Sozialarbeit macht und anonyme und kostenlose Beratung für Sexarbeiter_innen bietet: www.aep.at/ibus

Der Vortrag wird in Gebärdensprache übersetzt und es gibt einen barrierefreien Zugang und WC.

Datum: 30. Mai 2017
Uhrzeit: 19:00 Uhr
Eintritt: frei
Ort: Die Bäckerei, Dreiheiligenstraße 21a, 6020 Innsbruck

tirol Unser Land

Vortrag mit Katrin Schrader in Kooperation mit der Universität Innsbruck

Mittwoch 18 Oktober
Hörsaal des Institut für Psychosoziale Intervention und Kommunikationsforschung
Schöpfstrasse 3

Vortrag von Kathrin Schrader zum Thema, „Sexarbeit ist Carearbeit – eine feministische Position“

Am 1. Juli 2017 wurde in Deutschland das sogenannte Prostituiertenschutzgesetz ratifiziert. In einem signifikanten Maße sind hier rassistisches und postkoloniales sowie restriktives Denken eingeschrieben. Dies wird nach wie vor

universität innsbruck
Institut für Erziehungswissenschaft

Sexarbeit ist Carearbeit – eine feministische Position
Prof. Dr. Kathrin Schrader, Frankfurt/Main

Vortrag und Diskussion
18. Oktober 2017, 19.00 – 21.00
Ort: Hörsaal des Instituts für Psychosoziale Intervention und Kommunikationsforschung, Schöpfstraße 3, A-6020 Innsbruck

Eine Veranstaltung von iBUS – Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter_innen
In Kooperation mit dem Lehr- und Forschungsbereich Kritische Geschlechterforschung, Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck

Wie sich im unlängst ratifizierten Prostituiertenschutzgesetz in Deutschland zeigt, bestimmen rassistisches und postkoloniales sowie restriktives Denken viele gesetzliche Regelungen zur Sexarbeit. Dieses Denken wird nach wie vor unhinterfragt von den selbsternannten Befreier_innen abgerufen und gegen die Entkriminalisierung von Sexarbeit in Stellung gebracht. In dem Vortrag werden die Widersprüche dieses Zugangs aufgezeigt und besprochen mit welcher Doppelmoral der angeblich freiheitliche, zivilisierte und aufgeklärte Westen hier argumentiert. Durch einen unverstellten Blick soll im Vortrag und der gemeinsamen Diskussion das heterogene Feld der Sexarbeit besprochen werden. Dabei wird sichtbar, dass Sexarbeit – ebenso wie Soziale Arbeit, Pflegearbeit, psychotherapeutische Arbeit oder Erziehungsarbeit – zum großen Bereich der Carearbeit gehört.

Kathrin Schrader ist Professorin für Soziale Arbeit mit Menschen in prekären Lebenslagen in Frankfurt am Main. Sie ist Vorstandsfrau von ragazza e.V. Hamburg und Mitglied des Feministischen Instituts Hamburg

Gefördert von tirol iBUS

© IFO 2017

unhinterfragt von den selbsternannten Befreier_innen abgerufen und gegen die Entkriminalisierung von Sexarbeit in Stellung gebracht. In meinem Vortrag werde ich zeigen, wie absurd die gesellschaftliche Realität ist und mit welcher Doppelmoral der angeblich freiheitliche, zivilisierte und aufgeklärte Westen argumentiert. Weiterhin möchte ich durch einen unverstellten Blick das heterogene Feld der Sexarbeit sichtbar machen und im Anschluss an den Vortrag diskutieren, dass diese ebenso wie Soziale Arbeit, Pflegearbeit, psychotherapeutische Arbeit oder Erziehungsarbeit zum großen Bereich der Carearbeit gehört.

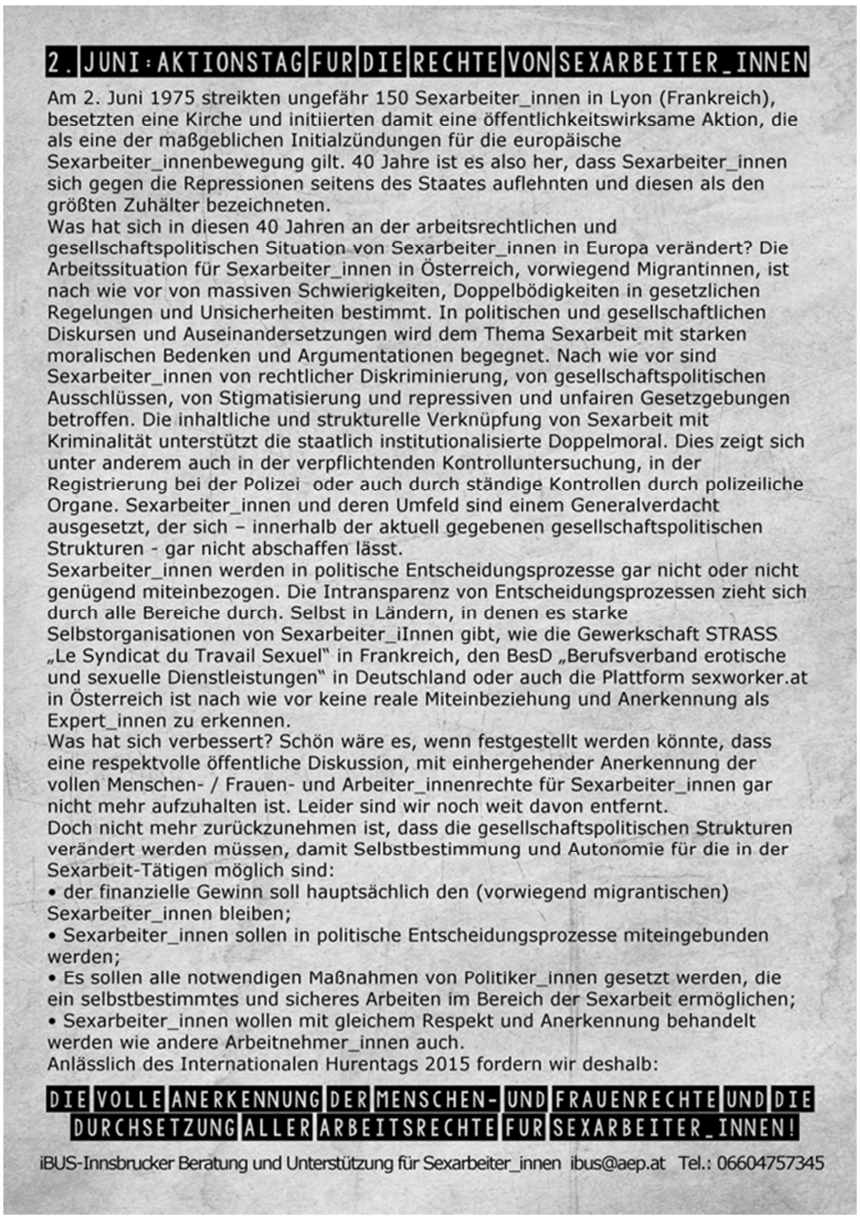
Kathrin Schrader ist Professorin für Soziale Arbeit mit Menschen in prekären Lebenslagen in Frankfurt am Main. Sie ist Vorstandsfrau von ragazza e.V. Hamburg und Mitglied des Feministischen Instituts Hamburg

Ich bin Freier und sage NEIN zu Gewalt –
Flyer und Hotline zur Sensibilisierung von Kund_innen

Das Errichten, Betreuen und Bewerben einer Hotline für Freier. Dabei sollte der Fokus gerichtet sein auf den Umgang mit Sexarbeiter_ innen und das Melden von Verdachtsfällen von Menschenhandel.

Allegmeine Öffentlichkeitsarbeit

Verteilen von Flyer in der Innenstadt (Innsbruck) am 2 Juni („Welthurentag“), zur Sensibilisierung der Gesellschaft



2. JUNI: AKTIONSTAG FÜR DIE RECHTE VON SEXARBEITER_INNEN

Am 2. Juni 1975 streikten ungefähr 150 Sexarbeiter_innen in Lyon (Frankreich), besetzten eine Kirche und initiierten damit eine öffentlichkeitswirksame Aktion, die als eine der maßgeblichen Initialzündungen für die europäische Sexarbeiter_innenbewegung gilt. 40 Jahre ist es also her, dass Sexarbeiter_innen sich gegen die Repressionen seitens des Staates auflehnten und diesen als den größten Zuhälter bezeichneten.

Was hat sich in diesen 40 Jahren an der arbeitsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Situation von Sexarbeiter_innen in Europa verändert? Die Arbeitssituation für Sexarbeiter_innen in Österreich, vorwiegend Migrantinnen, ist nach wie vor von massiven Schwierigkeiten, Doppelbödigkeiten in gesetzlichen Regelungen und Unsicherheiten bestimmt. In politischen und gesellschaftlichen Diskursen und Auseinandersetzungen wird dem Thema Sexarbeit mit starken moralischen Bedenken und Argumentationen begegnet. Nach wie vor sind Sexarbeiter_innen von rechtlicher Diskriminierung, von gesellschaftspolitischen Ausschlüssen, von Stigmatisierung und repressiven und unfairen Gesetzgebungen betroffen. Die inhaltliche und strukturelle Verknüpfung von Sexarbeit mit Kriminalität unterstützt die staatlich institutionalisierte Doppelmoral. Dies zeigt sich unter anderem auch in der verpflichtenden Kontrolluntersuchung, in der Registrierung bei der Polizei oder auch durch ständige Kontrollen durch polizeiliche Organe. Sexarbeiter_innen und deren Umfeld sind einem Generalverdacht ausgesetzt, der sich – innerhalb der aktuell gegebenen gesellschaftspolitischen Strukturen - gar nicht abschaffen lässt.

Sexarbeiter_innen werden in politische Entscheidungsprozesse gar nicht oder nicht genügend miteinbezogen. Die Intransparenz von Entscheidungsprozessen zieht sich durch alle Bereiche durch. Selbst in Ländern, in denen es starke Selbstorganisationen von Sexarbeiter_iInnen gibt, wie die Gewerkschaft STRASS „Le Syndicat du Travail Sexuel“ in Frankreich, den BesD „Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen“ in Deutschland oder auch die Plattform sexworker.at in Österreich ist nach wie vor keine reale Miteinbeziehung und Anerkennung als Expert_innen zu erkennen.

Was hat sich verbessert? Schön wäre es, wenn festgestellt werden könnte, dass eine respektvolle öffentliche Diskussion, mit einhergehender Anerkennung der vollen Menschen- / Frauen- und Arbeiter_innenrechte für Sexarbeiter_innen gar nicht mehr aufzuhalten ist. Leider sind wir noch weit davon entfernt.

Doch nicht mehr zurückzunehmen ist, dass die gesellschaftspolitischen Strukturen verändert werden müssen, damit Selbstbestimmung und Autonomie für die in der Sexarbeit-Tätigen möglich sind:

• der finanzielle Gewinn soll hauptsächlich den (vorwiegend migrantischen) Sexarbeiter_innen bleiben;
• Sexarbeiter_innen sollen in politische Entscheidungsprozesse miteingebunden werden;
• Es sollen alle notwendigen Maßnahmen von Politiker_innen gesetzt werden, die ein selbstbestimmtes und sicheres Arbeiten im Bereich der Sexarbeit ermöglichen;
• Sexarbeiter_innen wollen mit gleichem Respekt und Anerkennung behandelt werden wie andere Arbeitnehmer_innen auch.

Anlässlich des Internationalen Hurentags 2015 fordern wir deshalb:

DIE VOLLE ANERKENNUNG DER MENSCHEN- UND FRAUENRECHTE UND DIE DURCHSETZUNG ALLER ARBEITSRECHTE FÜR SEXARBEITER_INNEN!

iBUS-Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter_innen ibus@aep.at Tel.: 06604757345

- Weiterbildung: Organisation und Teilhabe an einem Workshop mit Samira (Aktivistin aus Berlin) zum Thema „Verdrängung als politische Strategie“

- Teilnahme an einer Pressekonferenz in Rosenheim zum Thema „BSD präsentiert das erste Gütesiegel der Prostitutionsbranche“

- Gestaltung einer Vorlesung am MCI zum Thema „Sexarbeit und die Folgen einer Illegalisierung“

- Mehrere Treffen mit Parteien der Stadt Innsbruck, um uns für Erlaubniszonen auszusprechen

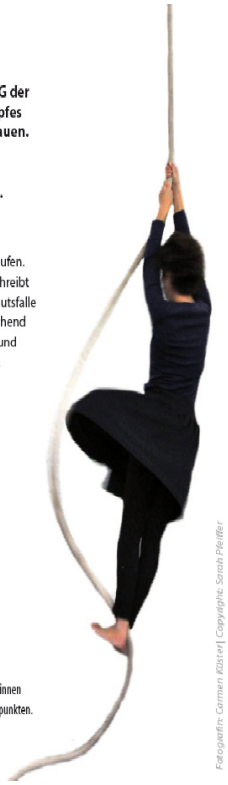
Performance mit unseren Kooperationspartner_innen in Innsbruck im Rahmen des Weltfrauentag am 8 März (Haus Vier und Einzig, Hallerstrasse 41)

Der 8. März, der INTERNATIONALE FRAUENTAG der Vereinten Nationen, steht im Zeichen des Kampfes um Gleichberechtigung und der Rechte von Frauen. Aus diesem Anlass lädt die Feministische FrauenLesbenVernetzung Tirol zu einer Veranstaltung zum Thema FRAUENARMUT ein.

Die Künstlerin SARAH PFEIFFER orientiert sich in ihrem Bühnenstück PLEITE IN SICHTWEITE an Frauenlebensläufen. Auf charmante und verblüffend humorvolle Weise beschreibt sie die Knackpunkte im Leben einer Frau, die in die Armutsfalle führen können. Mal beeindruckend leicht, mal überraschend ungewohnt, bewegt sich die Künstlerin am Vertikalseil und darum herum – ein wahrlich erstaunliches Abenteuer…

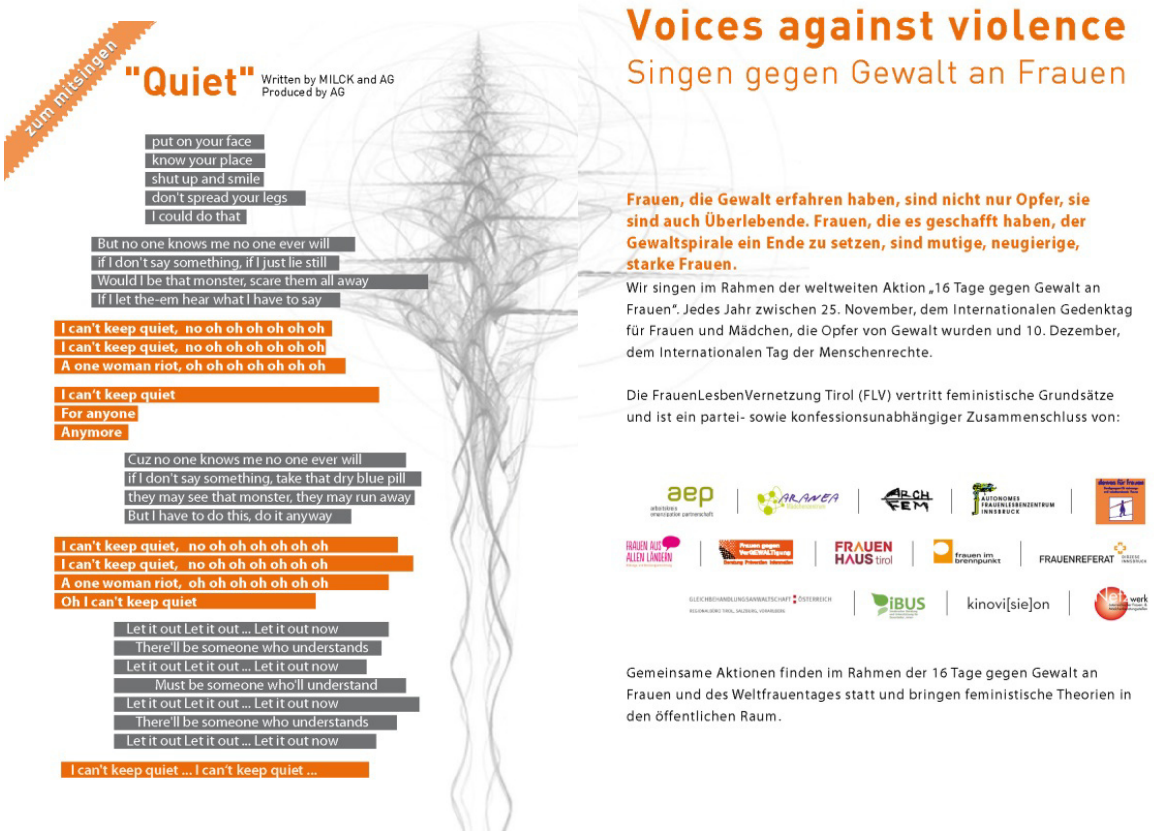
Die niederösterreichische Künstlerin Sarah Pfeiffer absolvierte ihre Ausbildung als Bühnenakrobatin und –artistin in Berlin an der Schule für Darstellende und Bildende Künste „Die Etage“. Seither widmet sie sich dem Neuen Zirkus und verbindet verschiedene darstellende Künste, wie physisches Theater, Clowntheater, Schauspiel und Luftakrobatik miteinander.

Die Feministische FrauenLesbenVernetzung (FLV) besteht aus Vertreterinnen unterschiedlicher Einrichtungen in Tirol mit frauenspezifischen Schwerpunkten. Sie vertritt feministische Grundsätze und ist partei- sowie konfessionsunabhängig. Veranstaltungen, Projekte, kultur- und sozialpolitische Aktionen werden im Rahmen dieser Plattform realisiert.



Fotografin: Carmen Köster | Copyright: Sarah Pfeiffer

Singen gegen Gewalt an Frauen; Aktion mit unseren Kooperationspartner_innen in Innsbruck im Rahmen der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“, im öffentlichen Raum



Pressearbeit

Zwei Presseaussendungen mit unseren österreichischen Vernetzungspartner_innen (maiz, PIA, LEFÖ, SXA-Info und Sexarbeiter_innen Plattform sexworker.at)

- **Pressemitteilung** Am 2. Juni im Rahmen des internationalen Hurentags, zum Thema **„Beratungsstellen fordern die Durchsetzung aller Rechte für Sexarbeiter*innen, die auch anderen Dienstnehmer*innen zustehen"**
- **Pressemitteilung**: Am 17. Dezember im Rahmen des internationalen Tages gegen Gewalt an Sexarbeiter_innen, zum Thema Internationaler Tag gegen Gewalt an Sexarbeiter_innen
- Freirad Sendung zu Sexarbeit im Rahmen der Sendung „das mensch. gender_queer on air".
- iBUS Positionspapier

Vernetzung

Netzwerkaktivitäten von iBUS im Jahr 2017:

- **AG Länderkompetenzen** (Zwei Treffen im Jahr 2017) iBUS ist Mitglied der Arbeitsgruppe Länderkompetenz Prostitution des Bundeskanzleramtes. Sie dient sowohl der fachlichen Vernetzung und dem regelmäßigen Wissensaustausch als auch der Diskussion von Lösungsmöglichkeiten. In der AG sind mit Ausnahme des Burgenlandes derzeit alle Bundesländer vertreten. Das vertretene Berufsspektrum umfasst Expert_innen aus der Exekutive, Rechtsabteilungen, Genehmigungs- und Gesundheitsbehörden, Frauenabteilungen, dem (sozialarbeiterischen) Beratungsbereich sowie der Wissenschaft.
- Teilnahme an der **FrauenLesbenvernetzung** (AEP, ArchFem, Aranea, Autonomes FrauenLesben Zentrum, Autonomes Frauenhaus Tirol, DOWAS für Frauen, Frauen aus allen Ländern, Frauen gegen VerGEWALTigung, Frauenreferat der Diözese Innsbruck, Frauen im Brennpunkt, Gleichbehandlungsanwaltschaft Regionalstelle für Tirol, Vorarlberg und Salzburg, iBUS, Kinovi[sie]on, Netzwerk ö. Frauen- und Mädchenberatungsstellen in Innsbruck)
- **Netzwerk - Beratungseinrichtungen für Sexarbeiter_innen Österreich**. Zwei Vernetzungstreffen mit anderen österreichischen Organisationen, die im gleichen Bereich - der Beratung von Sexarbeiter_innen - tätig sind (maiz, PIA, LEFÖ, SXA-Info und Sexarbeiter_innen Plattform sexworker.at)
- **SPAK (Sozial politischer Arbeitskreis)_** Aidshilfe Tirol, DOWAS & Chill Out, DOWAS für Frauen, Ho & Ruck, Diakonie-Flüchtlingsdienst, Fluchtpunkt, Jugendzentrum Z6, KIZ, MOHI, Tiroler Frauenhaus, Verein WAMS, Verein Frauen gegen Vergewaltigung, tirol-kliniken, Verein für Obdachlose, Vertretungsnetz, ZeMiT
- Vernetzung mit weiteren lokal- und regional agierenden Vereinen und KooperationspartnerInnen